

Bezugspreis:

Bezugspreis: 1. Vierteljahr 4.-, 3. Vierteljahr 12.-, 6. Vierteljahr 24.-, 1. Jahr 48.-, 2. Jahr 96.-, 3. Jahr 144.-, 4. Jahr 192.-, 5. Jahr 240.-, 6. Jahr 288.-, 7. Jahr 336.-, 8. Jahr 384.-, 9. Jahr 432.-, 10. Jahr 480.-, 11. Jahr 528.-, 12. Jahr 576.-, 13. Jahr 624.-, 14. Jahr 672.-, 15. Jahr 720.-, 16. Jahr 768.-, 17. Jahr 816.-, 18. Jahr 864.-, 19. Jahr 912.-, 20. Jahr 960.-, 21. Jahr 1008.-, 22. Jahr 1056.-, 23. Jahr 1104.-, 24. Jahr 1152.-, 25. Jahr 1200.-, 26. Jahr 1248.-, 27. Jahr 1296.-, 28. Jahr 1344.-, 29. Jahr 1392.-, 30. Jahr 1440.-, 31. Jahr 1488.-, 32. Jahr 1536.-, 33. Jahr 1584.-, 34. Jahr 1632.-, 35. Jahr 1680.-, 36. Jahr 1728.-, 37. Jahr 1776.-, 38. Jahr 1824.-, 39. Jahr 1872.-, 40. Jahr 1920.-, 41. Jahr 1968.-, 42. Jahr 2016.-, 43. Jahr 2064.-, 44. Jahr 2112.-, 45. Jahr 2160.-, 46. Jahr 2208.-, 47. Jahr 2256.-, 48. Jahr 2304.-, 49. Jahr 2352.-, 50. Jahr 2400.-, 51. Jahr 2448.-, 52. Jahr 2496.-, 53. Jahr 2544.-, 54. Jahr 2592.-, 55. Jahr 2640.-, 56. Jahr 2688.-, 57. Jahr 2736.-, 58. Jahr 2784.-, 59. Jahr 2832.-, 60. Jahr 2880.-, 61. Jahr 2928.-, 62. Jahr 2976.-, 63. Jahr 3024.-, 64. Jahr 3072.-, 65. Jahr 3120.-, 66. Jahr 3168.-, 67. Jahr 3216.-, 68. Jahr 3264.-, 69. Jahr 3312.-, 70. Jahr 3360.-, 71. Jahr 3408.-, 72. Jahr 3456.-, 73. Jahr 3504.-, 74. Jahr 3552.-, 75. Jahr 3600.-, 76. Jahr 3648.-, 77. Jahr 3696.-, 78. Jahr 3744.-, 79. Jahr 3792.-, 80. Jahr 3840.-, 81. Jahr 3888.-, 82. Jahr 3936.-, 83. Jahr 3984.-, 84. Jahr 4032.-, 85. Jahr 4080.-, 86. Jahr 4128.-, 87. Jahr 4176.-, 88. Jahr 4224.-, 89. Jahr 4272.-, 90. Jahr 4320.-, 91. Jahr 4368.-, 92. Jahr 4416.-, 93. Jahr 4464.-, 94. Jahr 4512.-, 95. Jahr 4560.-, 96. Jahr 4608.-, 97. Jahr 4656.-, 98. Jahr 4704.-, 99. Jahr 4752.-, 100. Jahr 4800.-

Anzeigenpreis:

Die untergeordnete Anzeigenliste kostet 1,50 Mk. „Kleine Anzeigen“. Das festgedruckte Wort 60 Pfg. (zählend 3 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 40 Pfg. Stellenanzeigen und Schlüsselanzeigen das erste Wort 1/2 Pfg., jedes weitere Wort 30 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Erwerbungsbeitrag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerbliche Vereine-Anzeigen 1,50 Pfg. bis 3 Pfg. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schluß am 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morinsplatz, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 1. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morinsplatz, Nr. 11753-54.

Vor der Tür der Arbeitskonferenz.

St. Germain, 1. Oktober. (Correspondenz.) Im Namen der Friedenskonferenz richtete Poincaré heute an Konsul Mayerhäuser eine Note, in der mitgeteilt wird, daß Präsident Wilson die erste Sitzung der alljährigen Arbeitskonferenz für den 29. Oktober nach Washington einberufen habe. Die Friedensdelegierten hätten am 11. September beschlossen, die Frage der Zulassung der Delegierten Österreichs und Deutschlands, obgleich die österreichische und die deutsche Regierung de jure nicht Mitglieder der internationalen Arbeitsorganisation seien, der Arbeitskonferenz zu überlassen und deren Reise nach Washington kein Hindernis in den Weg zu legen.

Die Abgesandten der Mittelmächte sollen also vor der Tür der Arbeitskonferenz warten, ob man sie hereinläßt. Kann man der Vertretung einer Arbeiterschaft, die an kultureller, geistiger und organisatorischer Höhe keiner anderen nachsteht, eine solche Rolle zumuten?

Die russische Sowjetregierung abdankebereit?

Amsterdam, 30. September. Das Pressebureau Radio meldet aus Lyon, daß in Washington amtliche Nachrichten eingetroffen sind, nach denen die russische Sowjetregierung bereit wäre, Friedensverhandlungen unter folgenden Bedingungen einzuleiten:

Abdankung der Sowjetregierung, Einstellung der Hinrichtungen, Abschaffung des Terrors und Erteilung eines Freigeleits für 12 Bolschewikenführer, darunter Lenin, Trotzki und Sinowjew, die sich nach Südamerika begeben wollen. Dieser Vorschlag der Bolschewiken sollte den französischen und amerikanischen Diplomaten in einem neutralen Lande übermittelt werden. Man glaube, daß Wilson eine neue Regierung nicht vor dem Zusammentritt einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung in Rußland anerkennen werde.

Die Meldung klingt reichlich unwahrscheinlich und ist trotz ihrer Berufung auf amtliche Quellen mit Vorsicht aufzunehmen.

Der englische Eisenbahnerstreik.

Amsterdam, 30. September. Das Reutersche Bureau meldet aus London, daß auf einer Sitzung des Vollzugsausschusses des Transportarbeiterverbandes ein Beschluß über die Frage eines Streiks nicht gefaßt worden ist, da mehrere Delegierte aus der Provinz nicht rechtzeitig genug zu den Verhandlungen eintreffen konnten. Wie verlautet, besteht beträchtliche Abneigung gegen die Verhängung eines Streiks, trotzdem alle Anwesende volle Sympathie mit den Eisenbahnarbeitern hätten.

Basel, 1. Oktober. Nach einer Havadmeldung hat sich die englische Regierung infolge des Streiks genötigt gesehen, den Regierungen der alliierten Staaten, die zum großen Teil für die Kohlenlieferung von England abhängig sind, mitzuteilen, daß es ihr unmöglich sei, irgendwelche Ausfuhr von Kohle aus England zu gestatten.

Auf dem toten Punkt.

Rotterdam, 1. Oktober. Der Londoner Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet: „Daily News“ ist das einzige nichtsozialistische Londoner Blatt, das die Regierung zur Wiederanbahnung der Verhandlungen mit den Eisenbahnern ermahnt und auf der Einberufung des Parlaments besteht. Das Blatt schreibt: Man sei auf den toten Punkt gelangt und weder die Streikenden noch die Regierung sei zum Nachgeben bereit. Auf diese Weise könne der Streik wochenlang dauern und riesige Schwierigkeiten und Geldverlust mit sich bringen. Es wäre deshalb besser, eine Annäherung der beiden Parteien anzustreben.

330 000 Bergleute erwerbslos.

Amsterdam, 30. September. „Telegraaf“ meldet aus London, daß in Süd-Wales 300 000 und in Rhonda 30 000 Bergleute erwerbslos sind. Versuche zur Wiederanbahnung der Verhandlungen sind nicht unternommen worden. Der Generalsekretär des Maschinen- und Feiger-Verbandes, Cronley, erklärte, er rede mit einer Streikdauer von sechs Wochen. Die gesamte Bergbauindustrie in Lancashire ist infolge des Eisenbahnerstreiks ernstlich bedroht. In Leeds haben zwei große Stahlwerke schließen müssen. Der Führer der Bergarbeiter, Smillie, erklärt, daß in zwei bis drei Tagen infolge des Eisenbahnerstreiks 90 Prozent der Bergarbeiter zur Arbeitslosigkeit gezwungen sein würden.

Amsterdam, 1. Oktober. „Telegraaf“ meldet aus London vom 29. September: Anlässlich des Eisenbahnerstreiks wurde in Glasgow versucht, ein Wäntermagazin und einen Pabnhof zu plündern. Die Polizei vertrieb die Plünderer. Auf Höhe der North British Co. wurden Aufschläge verübt. In Westschottland wurden die Fenster der Signalführer eingeworfen.

Reichszuschuß für Lebensmittel.

Gegen Ende des Monats wird eine Verbesserung des Brotes eintreten, weil alsdann das Getreide weniger scharf ausgemahlen werden wird. Allerdings wird dadurch auch der Preis für das Brot erhöht werden müssen.

Es soll der Bevölkerung aber nicht zugemutet werden, die ganze Erhöhung tragen zu müssen. Das Reich will bis zum 1. April des nächsten Jahres 3 1/2 Milliarden zu den Reichsteuern zuschießen. Die Nationalversammlung soll alsdann darüber beschließen.

Die Volksabstimmung in Luxemburg.

Amsterdam, 1. Oktober. „Telegraaf“ meldet aus Brüssel vom 30. September: Nach den bisher bekannten Ergebnissen der Volksabstimmung in Luxemburg wurden 17 720 Stimmen für die Großherzogin Charlotte und 5006 Stimmen für die Republik, 16 730 Stimmen für den Wirtschaftsanschluß an Frankreich und 5623 Stimmen für den Wirtschaftsanschluß an Belgien abgegeben.

Berchtolds Verteidigung.

Abschiebung der Schuld auf Deutschland.

Bern, 30. September. In seinen von der „Neuen Zürcher Zeitung“ veröffentlichten Anmerkungen zum österreichischen Notbuche und zu den Darlegungen des Dr. Gosh nimmt Graf Berchtold zu der bekannten Depesche des Hofrats Wiesner das Wort, wonach die Unterfugung in Serajewo die Nichtbeteiligung der Belgrader Regierung am Anschlage feststellt habe. Graf Berchtold stellt es so dar, als sei die Wiesnersche Depesche falsch gefaßt gewesen, und erklärt, die österreichischen Anschuldigungen gegen Serbien hätten sich nie auf die behauptete Urheberchaft oder Mitwisserschaft Serbiens bei dem Anschlage gestützt, sondern nur die mittelbare Verantwortung der Belgrader Regierung betont. Die Note der L. u. I. Regierung an Serbien hätte von vornherein keine unannehmbaren Forderungen ins Auge gefaßt und keine Demütigung Serbiens bezweckt, sondern nur ein Mindestmaß politischer Garantien für ein normales Nebeneinanderleben angestrebt. Die Tatsache, daß Deutschland nicht früher als die anderen Signaturmächte Kenntnis von der Note erhielt, erklärt Graf Berchtold damit, Bethmann Hollweg habe Österreich-Ungarn freie Hand gelassen mit dem Bemerken, man müsse in Wien bestimmen, was zu geschehen habe, Deutschland werde, wie immer auch die Entscheidung ausfallen möge, hinter Österreich-Ungarn stehen.

Die serbische Antwortnote sei vom L. u. I. Gesandten in Belgrad, Baron Giesl, der sie mit Berchtold sofort nach seiner Rückkehr aus Belgrad Punkt für Punkt durchgesprochen habe, als ungenügen erklärt worden, weil in zwei der allerwichtigsten Punkte nichts erreicht sei und infolgedessen alles beim Alten bleiben müsse. Graf Berchtold schiebt auch hier Deutschland vor, das erzwirrt habe, auf eine eventuelle abweisende Antwort Serbiens werde die Kriegserklärung, verbunden mit kriegerischen Operationen, sofort folgen.

Der Seemannsstreik.

Hamburg, 1. Oktober. (HZA.) Der Streik der Fischdampferbesatzungen scheint an einem Wendepunkt angekommen zu sein. Am Hamburger und Altonaer Fischmarkt stehen große Scharen Arbeitswilliger, die auf den Beschluß warten, der in einer heute stattfindenden Versammlung des Seemannsbundes gefaßt wird. In dieser Versammlung sollen die nach Berlin entsandten Abgeordneten des Seemannsbundes über die Verhandlungen mit dem Demobilisierungskommissar Bericht erstatten. Die vereinigten Fischdampferreedereien erklärten in einer am Dienstag abgehaltenen Versammlung, nur noch mit den im Transportarbeiterverband organisierten Seeleuten verhandeln zu wollen. Die Altonaer Fischmarkthalle ist heute morgen mit einer aus 60 Mann bestehenden Abteilung Reichswehrtuppen besetzt worden. Seit Dienstag abend sind vier Handeldampfer ausgegangen.

Rätediktator und Warenschieber.

Aus München wird gemeldet: Der Geschäftsordnungsausschuß des Landtages hat die Genehmigung zur Strafverfolgung gegen den Abgeordneten Gandorfer wegen Warenschiebungen aus der Schweiz erteilt. In einem Schreiben des Rechtsvertreters Gandorfers wird der Landtag ersucht, die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen. — Gandorfer war einer der Nachher der Rätepublik vom April.

Die Liquidation in Lettland.

Aus all den parteipolitisch gefärbten und zumeist auch durch Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse verworrenen Berichten, welche die deutsche Presse seit November vorigen Jahres veröffentlichte, sich ein richtiges Bild zu machen, wird der deutschen Öffentlichkeit kaum gelungen sein. Auch der Artikel des Gesandten bei der lettischen und estnischen Regierung Winnig in Nr. 455 des „Vorwärts“ ist nicht als rein objektiv zu betrachten.

Auch ich nehme für meine Ausführungen nicht das kritiklose Zugeständnis der Objektivität in Anspruch, da ich mit meinen Freunden im ehemaligen Soldatenrat Libow die durch die Binnigliche Politik ermöglichte Einstellung eines reaktionären und damit der deutschen Republik feindlich gesinnten Offizierskorps bekämpfte, die schließlich so weit ging, daß nicht die Gesandtschaft, sondern der Führer des 6. Reservekorps und Gouverneur von Libau, Graf v. d. Goltz, doch oben die Politik machte. Daß diese Politik nicht im Interesse des Reiches gewesen ist, erhebt aus ihrem Ausgang, der sehr gut hätte anderer Art sein können. Was ich aber mit meinen Ausführungen bezwecke, ist eine gründliche und wahrhaft objektive Untersuchung des Falles Lettland. Nicht um festzustellen, wer nun recht gehabt hat, sondern um fürs erste Klarheit für die deutsche Öffentlichkeit zu schaffen und dadurch zu verhindern, daß die Politik des Grafen v. d. Goltz und seines geschmeidigen Chefs des Stabes, Major Heinerzsdorf, als eine von der Regierung gewollte angesehen wird, zum andern aber die Zahl der deutschen Soldaten zu helfen, denen die Politik dieser Dertzen zum persönlichen Unglück geworden ist, indem sie ihnen zu meistens langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt hat.

Der politische Schwerpunkt im Baltikum lag in der Notwendigkeit einer Ausöhnung des deutschen Elementes mit dem lettischen. In Lettland spielt sich der politische Kampf zwischen zwei auf derselben Scholle geborenen Volksstämme ab. Die obwohl nicht einmal 10 Proz. der Bevölkerung ausmachenden und doch ein Drittel des Bodens besitzenden, in den Städten die Industrie und den Großhandel beherrschenden Deutschbaltten stehen unter der Führung des zahlreich unter ihnen vertretenen Adels, sind infolgedessen fast ausschließlich konservativ-monarchistisch. Durch sieben Jahrhunderte hindurch haben sie mit bewundernswürdiger Energie ihre Deutschbalttämigkeit bewahrt, dabei aber leider dem Emanzipationsbestreben des lettischen Volkes kein Verständnis entgegengebracht. Die Letten sind auf dem Lande Kleinbauern oder Landarbeiter bei den deutschbalttischen Grundbesitzern, in den Städten bilden sie das Proletariat. Sie sind als ein fleißiges und stark nach Bildung und Wissen strebendes Volk bekannt, haben aber in jahrhundertelangen Bedrücknissen als nicht gute Eigenschaften Mangel an Offenheit und oft auch Unaufrichtigkeit angenommen, Fehler, die von vielen unter ihnen selbst zugegeben und beklagt werden. Es leuchtet ein, daß der wirtschaftliche Klassenkampf in Lettland starke nationale Unterdrückungen erhalten hat.

So standen die Dinge vor Eintritt der Okkupation. Als aber nach dem Einrücken des deutschen Militärs Lettland Okkupiert und damit Schützengraben zahlreicher alldeutscher Kampfbahnen wurde, verschlimmerten sie sich vollends. Das kaiserliche Deutschland und seine vornehmsten Vertreter, nämlich die erwähnten Tapieren, konnten im „echt deutschen Baltentum“ nur eine Nationalität, die Deutschbaltten, auf deren Gefühle Rücksicht genommen werden mußte. Ueberall wurden Deutschbaltten in die Verwaltung übernommen, sehr oft mit dem Erfolge, daß sie, die Großgrundbesitzer, sich von auferlegten Lieferungen frei hielten, während sie als Antmänner regen Eifer zeigten, aus den in ihren Besitzungen liegenden lettischen Kleinbauernhöfen das Verlangte herauszubohlen. Bei dem regen Verkehr der Okkupationsoffiziere mit dem deutschbalttischen Adel in den Kasinos, Klubs und auf den Gärten haben diese sofort ein, daß der alte Brauch, den „hinterlistigen, falschen Letten“ als Weischen dritten Grades zu behandeln, vollkommen berechtigt war. Die Politik des kaiserlichen Deutschlands war vollkommen inspiriert vom deutschbalttischen Großgrundbesitz. So übertrog sich der Haß der Letten gegen die „baltischen Barone“ auch auf Deutschland.

Als bei uns die Revolution siegte und die Sozialdemokratie zur politischen Macht kam, war im lettischen Volke eine starke persönliche Strömung gegen die deutsche Republik vorhanden. Wohlthunend wurde die Aufhebung der Zensur und die Gewährung der Versammlungsfreiheit empfunden. Aus starkem, nationalem Impuls heraus wurde am 19. November die Republik „Latwija“ gegründet und aus dem Volktrat, einem vorläufigen, durch Weichung mit Delegierten seitens der politischen Parteien errichteten Parlament die Regierung Umanis bis zur endgültigen Regelung durch eine, auf demokratischer Grundlage zu wählende Nationalversammlung gebildet. Mit der deutschen Republik, dem die der zusammen-

brechenden 8. Armee folgende Note Armee zuströbte, kam zugleich „Latwija“ in Gefahr. Die Wahlen konnten vorläufig nicht stattfinden. Riga war bedroht.

Jetzt konnte sich zeigen, daß die Politik der Republik Deutschland gründlichst anderer Art war als die des Kaiserreichs. Die Letzten wünschten die Anwesenheit des deutschen Militärs als „Stützpunkt“, nicht aber als „Okkupationsmacht“. Sie waren mit der Aufstellung nationaler Verbände (Deutschkolonen, Letten) einverstanden, forderten aber die Benennung „Lettenlands Baltische Landeswehr“ und das Tragen der Farben Latwijas für die aus Deutschkolonen gebildeten Verbände. Wir verlangten aber nach wie vor Okkupationsmacht zu sein. Durch enges Zusammengehen mit den „Latwija“ sabotierenden Deutschkolonen erweckten wir bedenkliches Mißtrauen, welches zur neuen offenen Feindschaft wurde, als der Gesandte Winnig in einem öffentlichen Vortrag nach dem Falle Rigas im Ribauer Sturzhause erklärte, die „Deutschkolonen seien nicht reaktionär“. Und das, trotzdem der entlassene Baltische Landeswehr der Staat Latwija und das Kabinett Ulmanis Luft waren.

Der Nationalismus der Letten — so paradox das Klingens mag — und ihre Feindschaft gegen die „baltischen Barone“ haben der bolschewistischen Propaganda im Lettland Tür und Tor geöffnet. Politische Neutralität der breiten unteren Volksschichten begünstigte sie. Dem Kabinett Ulmanis gelang es nicht, populär zu werden, weil es — neben anderen Gründen — die Aufstellung der Baltischen Landeswehr in einer den Wünschen der Letten genau entgegengesetzten Form mit nur schwachem Protest gelassen. Hätten wir die Wünsche der Letten vor dem Falle Rigas erfüllt, so hätten wir uns Vertrauen erwerben können und dem Kabinett Ulmanis — dem deutschfreundlichsten, das bei uns möglich ist — wie mir ein Mitglied des Volksrats schrieb — wahrscheinlich einen Boden im lettischen Volke beschafft. Damit wäre die Grundlage zur deutsch-lettischen Verständigung vorhanden gewesen, und die junge deutsche Republik hätte sich den ersten großen Erfolg im Sinne der durch den Minister des Auswärtigen Hermann Müller vertretenen Ideen buchen können. Trotz Entente. Die Deutschkolonen hätten von dieser Politik selbst den größten Vorteil gehabt.

Es war verhängnisvoll, daß der Gesandte Winnig durch seine Ernennung zum Reichskommissar für den Osten im Januar zum Verlassen Lettlands veranlaßt wurde. So erlebte er nicht aus eigener Anschauung, wie Lettland nach und nach mit Anhängern der „guten, alten Zeit“, Offizieren und Soldaten, vollbesetzt wurde.

Es kam die Aera Goly. Sie war gekennzeichnet durch zähe Arbeit, die Revolution im Baltikum mit Kumpf und Stumpf totzuschlagen. Am engsten Einbernehmen arbeitete die „Latwija“ feindliche Baltische Landeswehr und das mit seltenen Ausnahmen der deutschen Republik feindliche Offizierskorps des deutschen Oberbefehlshabers. Durch die Landversprechungen bekam man willfährige Soldaten aus Deutschland in die Hand. Den Letten wurde nach alter Manier tüchtig auf den Kopf geklopft. Es war eben alles, wie es früher war.

Auf verlorenem Posten standen der Soldatenrat Libau und die von ihm mit Erlaubnis der Reichsregierung geworbenen Truppen. Sie konnten sich nicht vorstellen, daß alles, was um sie herum vorging, mit Wissen der Reichsregierung und auch des Gesandten Winnig geschehen könne. Es bemächtigte sich der Truppen eine große Erregung gegen das Gouvernement. Der Soldatenrat begann gegen die Aera Goly zu kämpfen. Er glaubte sich damit den Dank der Reichsregierung zu verdienen, obgleich ein Artikel im „Vorwärts“ seine persönliche Unterthandlungen im Auswärtigen Amt

und im Reichswehrministerium wirkungslos blieben. Die Soldatenräte waren in Verzug, folglich auch der Soldatenrat Libau. Nun wartete man auf den Gesandten Winnig, der sich angefangen hatte, aber nicht kam.

Am 3. April stürzte das Gouvernement Libau den Soldatenrat unter Hilfe der landhungrigen Truppen, die zu diesem Zwecke seitens ihrer Offiziere mit allerhand Schauerreden über ihn vollgepfropft worden waren. Am 16. April stürzte die Baltische Landeswehr das Kabinett Ulmanis durch eine Affenkomödie, bei welcher dieselben deutschen Truppen „Schmiere standen“. Sie setzten ihre Männer an die Stelle. Die Entente mischte sich ein. Der Ausgang ist bekannt.

Infolge der Vorgänge am 3. April fanden mehrere Prozesse vor dem Gericht der Kommandantur Libau statt, in denen vierzehn Freiwillige zu meist langjährigen Gefängnisstrafen — bis zu sechs Jahren — verurteilt wurden. Alles, was diese Soldaten sich gegen die Pflichten der militärischen Unterordnung haben zuschulden kommen lassen, ist in dem festen Glauben geschehen, die Reichsregierung damit gegen einen ihrer Gegner zu schützen. Es hört sich grauslich an, wenn sie dazu schritten, einen Leutnant und den Grafen v. d. Goltz selbst zu verhaften. Ihr Handeln aber ist mehr als verständlich gewesen. Sie sind durch die ganze Entwicklung der Dinge in ihr Unglück hineingekickt worden, hineingekickt von Leuten, welche nachher gegen sie zeugten. Dabei können doch unmöglich die republikanischen Parteien untätig bleiben! Es muß ein Weg gefunden werden, den Verurteilten zu helfen. Am zweckdienlichsten wäre wohl der eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der ein objektives Urteil über die Politik in Lettland zu finden anstrebt. Ich bin gewiß, daß damit den Verurteilten geholfen ist.

In unserer lettischen Politik gab es zwei Wege, einen optimistischen und einen pessimistischen. Entweder man glaube oder man glaube nicht an die Möglichkeit einer deutsch-lettischen Verständigung. Die Gesandtschaft beschritt von vornherein den pessimistischen und nachher — nun nachher machte Goly mit seinen Leuten die Politik.

Es soll dem Gesandten Winnig nicht übel genommen werden, wenn er den Soldatenrat Libau bei seiner Darstellung der Entwicklung im baltischen Osten überging, obgleich es dieser Soldatenrat war, der in enger Zusammenarbeit mit dem früheren Gouverneur, Generalleutnant Neugebauer, und seinem Stabschef, Oberstleutnant v. Goltz, es überhaupt ermöglichte, daß im Januar die militärische Situation gerettet werden konnte. Uebel nehmen aber muß man ihm, daß im Danziger Festungsgefängnis immer noch vierzehn deutsche Soldaten schmachten, die dieses Los wahrlich nicht verdient haben. Karl August Quer.

Junkerliche Kriegserklärung an Braun und Heine.

Die Ortsgruppe Franzburg des pommerischen Landbundes hat nach einer Meldung des „N. L.“ mehrere Entschlüsse angenommen. In der ersten wird gegen den Minister Heine Stellung genommen. Trotz mehrfacher Aufforderung habe Minister Heine die Behauptung, daß der Landrat des Kreises Franzburg der Gänzlichkeitswirtschaft habe weichen müssen, nicht widerlegt. Den Landwirten des Kreises Franzburg bleibe daher nichts anderes übrig, als bis auf weiteres der Regierung mit derselben Nichtachtung zu begegnen, wie sie der Minister Heine den Landwirten gegenüber zur Anwendung bringt. In einer weiteren Entschlüsse wird die Aufhebung

der Zwangswirtschaft gefordert. Ferner wird die Verordnung des Landwirtschaftsministers Braun vom 2. September betreffend Sicherstellung landwirtschaftlicher Arbeiten als nicht zu Recht bestehend erklärt. „Wir sehen“, so wird gesagt, „in dem Vorgehen des Landwirtschaftsministers die einseitige Stellungnahme eines Parteimannes gegen die landwirtschaftlichen Arbeitgeber und weisen die Mächenschaften des Ministers Braun mit Empörung zurück. Der Landwirtschaftsminister hat die kommunalistischen Tendenzen (!!), denn er will die Existenz des landwirtschaftlichen Eigenbesitzes durch Verordnungen untergraben und vernichten. In Erkenntnis dieser Tatsache rufen wir die gesamten Landwirte Deutschlands zum Kampf gegen den Landwirtschaftsminister Braun auf und erklären uns mit allen unseren Berufsgenossen bis zur äußersten Konsequenz solidarisch.“

Den Herren wird in ihrer Tonart gebietet werden!

Den Herren wird in ihrer Tonart gebietet werden!

Zu der Kampfanzeige des pommerischen Landbundes gegen den preussischen Landwirtschaftsminister erfahren die „P. B.“, daß zunächst der Oberpräsident von Pommern sich mit dem Landwirtschaftsminister und dem neu einzuführenden Regierungspräsidenten von Stralsund, dem der Kreis Franzburg untersteht, wegen der zu treffenden Maßnahmen ins Einvernehmen setzen würde. Es ist selbstverständlich, daß dem neuen Landrat des Kreises Franzburg die erforderliche Weisung verschafft werden wird, und ebenso versteht es sich von selbst, daß die Durchführung der von dem Minister Braun erlassenen Verordnung, die im Interesse der Ernte erforderlich war, gesichert wird.

Die Rechtsgiltigkeit der Verordnung vom 2. September.

Zur Ergänzung der gestrigen Rede des Landwirtschaftsministers Gen. Braun gegen die vorpommersche Junkerfraktion dürften die nachstehenden Ausführungen einer unterrichteten Stelle dienen:

Die Presse hat in letzter Zeit aus den verschiedensten mehr oder weniger beteiligten Kreisen heftige Angriffe gegen den Landwirtschaftsminister gebracht wegen des Erlasses der Verordnung vom 2. September 1919 betreffend die Sicherstellung landwirtschaftlicher Arbeiten.

Die Rechtsgiltigkeit der Verordnung wird in Zweifel gezogen und es wird weiter geltend gemacht, daß die Verordnung sich einseitig gegen den landwirtschaftlichen Arbeitgeber richte, indem sie im § 2 einen schweren Eingriff in seine Ausübungsrechte vorsehe, während von Zwangsmahnahmen gegen den Arbeitnehmer keine Rede sei. Die hierdurch unter den Arbeitgebern hervorgerufene Mißstimmung gefährde die Produktion in hohem Maße.

Die Verordnung vom 2. September wird gestützt auf die §§ 1 und 4 der Verordnung über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. November 1918 (Reichsgesetzbl. S. 1202), sowie auf Absatz 1 des Rundtelegramms des Preussischen Staatskommissars für Demobilisierung vom 12. November 1918 und auf die Erlasse der Preussischen Staatsregierung vom 30. April 1919 (Gesetzblatt S. 86) und 16. Mai 1919. Da der Gegenstand der Verordnung eine rein landwirtschaftliche Angelegenheit betrifft, so war der Landwirtschaftsminister für die Regelung zuständig. Die nach dem Gesetz vom 16. Mai 1919 gebotene Mitwirkung des Handelsministers hat stattgefunden; die Ansicht, daß diese Mitwirkung auch durch Gegen- oder Mitzeichnung der Verordnung erfolgen müsse, ist mangels einer ausdrücklichen Bestimmung hierüber nicht richtig.

Saum eine andere Frage hat bei der wirtschaftlichen Demobilisierung eine solche Bedeutung erlangt, wie die Beschaffung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte im Interesse der Erhaltung und Förderung der landwirtschaftlichen

Ernst Toller: „Die Wandlung“.

Die Tribüne.

Bevor Ernst Toller von strengen Richtern ins Zuchthaus geschickt wurde, sagten liebenswürdige Professoren, daß sie in der Dichtung dieses jungen Aufwieglers mancherlei Stimmen innerer Barmherzigkeit gehört hätten; was keineswegs zu leugnen ist. Ja, wenn die Gefinnung, des Menschen Parteilichvergangenheit und Bürgerrecht ausreichten, um dem Künstler das Unirdische des Genies und selbst nur der minderen Weisen zu schenken! Ernst Toller, der häufig mit Apollon verwechselte Schwärmer, pulverte sich in ein unendliches Feuer hinein, als er alle Aufseher des Geistes, was er als seinen Leidensweg ansah. Er watete in Tränen, in Kampf, geschickt mit Aufseher und Eohn und überquellender Menschenliebe, durch die „Wandlung“, die hineinführt geradeaus in das allerletzte Geschrei: Revolution! Revolution!

Und dabei tocht in ihm die Jugend, eine Jugend, die allumgibt, weil ihre Alltagsunbehagen und Gedankentriebel allzu früh vertraut wurden; eine Jugend, die sehr ernst in die Wissenschaft hineintritt und keineswegs ins leere Vergnügen entartet; eine Jugend, die von Verantwortlichkeit in Trunk und Liebesgeschichten nur so viel mitnimmt, wie schwache Nerven und ein bescheidener Monatswechsel vertragen können; eine Jugend, die Tag und Nacht liest und von dem Kleinen und Dreißigen Leben nur so viel kennt, wie sich in Münchener Studentenbuden und mäßig gelichteten Caféhäusern erfahren läßt.

Es kommt der Krieg, der erst einen Begeisterer trifft, weil das Blutadventurer so kostbare, vielversprechende, aufpeitschende Abwechslung bringt. Die eigentliche Natur, die zur Sanftigkeit neigt, wird für eine Weile aufgedonnert zur Indianerlust, die mit brennendem Patriotismus verwechselt wird. Es kommt aber auch bald die Enttäuschung: Der Krieg legt sich zuerst in die Knochen, und das müde Weib, das nicht mehr weiter kann und auch in Lazaretten nicht mehr forcht wird, verleitet zum Radikalen und Abwärtsinken. Aus Müdigkeit wird Abscheu, aus gekränktem Stolz wird Haß, aus Krampf wird Liebe zu dem nach Hermeren, der ein Bundesgenosse werden soll, wenn es gilt, die versperrten Schranke des Reichtums zu sprengen. O nein, man vermindert und entstellt die Gittlichkeit derer, die Wandlungen durchaus nicht, wenn man zeigt, wie der Weg zu dem Höchsten aus dem Witzigen, blutig Gewöhnlichen und tödlich Flachen herauswächst. Kurz, Toller wurde nicht als Menschen-einfacher geboren, er wollte die Welt befreien, weil ihm selber sehr schlecht ging. Das Reich, das er vorbereiten wollte, mußte auch für ihn von dieser Welt sein. Die geborenen Erlöser und Menschenfreunde, die immer vollende Revolutionäre waren, konnten von sich sagen, daß ihr Reich nicht von dieser Welt sei, mochten sie nun jüdische Zimmermannsjöhne oder indische Bringen oder persische Postleute oder chinesische Finanzminister gewesen sein.

Toller möchte als Jungrevolutionär wirken, indem er die Wandlung des Jünglings gestaltet, der in die Kriegswirren eingemischt wird. Er entfällt sich selber durch den Künstler seiner Theaterbildung, der ein Standbild der freien Menschheit zu formen begibt, dann aber vom Soldatenhandwerk eingesperrt wird. Noch meint der Soldat, daß er für eine große Sache des Vaterlandes

kämpfe. Doch das Leid der Verstümmelten und der Ausfall der kräftigen Weibler, alles das wohnt ihm: Haße den Krieg! Brech die Revolution, da ohne Aufruch nicht Glück und Frieden in der Welt sein wird. Hier der Aufmarsch der Krüppel, dort die kalte Betrachtung der handwerklichen Kräfte, hier die schauerhafte Ereignis in der Schlafbarckenwohnung, dort die gräßliche Ermüdung durch Menschen, die mit Geschwüren bedeckt sind, während der Künstler aus sich sein Menschenkenntnis gestalten will. Das sind Toller'sche Theaterbilder, das sind gewiß Formungen der schönen Sehnsucht. Doch die Worte, die von all diesen Menschen, von den Leidenden und von den Spottenden und von den Ausgeschickten und von den jungen Weibern und von den ausgemergelten Greisen geredet werden, sie sind sehr matt. Durch den Menschenwörter Toller, der für seine Gedanken als Dichter kämpfen will, zimmt auch nicht die geringste Welle der bühnenhellen Erlösung. Er ist ohnmächtig zu reden. Auch dadurch untercheidet er sich von den Menschenwörtern des großen Schlegels. Die Worte Toller's drehen niemals, sie brodeln höchstens eine Sekunde auf, und dann sind sie bald gestorben und vergessen. Weinahe ist es beschämend, daß von diesem Unbürgerlichen gesagt werden muß, er gebrauche eine Dämonenliteratursprache von schäfter, abgestandener Zarung.

Es gehört auch zum Geiste dieses unermüdbaren Schwärmers, der hemmungslos als Dilettant seinem Herzen folgt, daß er die Möglichkeit des Bühnenbildes unendlich erweitern möchte. Eigentlich träumt er von unbegrenzten Räumen, aus denen die Masse zur Revolution strömt. Er stellt phantastische Menschenherdungen, etwa einen Kreuzzug der Verstümmelten, die vor den blinden Augen des kleinen Spielers vorüberstürmen. Aus dem Friedhof sollen sich die Klappernden Geleite erheben, und das Haupt der hundert Knochengestirne sei uns der kalte, gefressene, heimliche Schädel. Das Zwergentheater der „Tribüne“ muß auf solche Phantasie verzielen. Man baute höchstens eine Sprechkammer auf, behändete mit dem furchtbaren Aussehen nur die spielenden Menschen und versuchte, das Kaisertheater zu adeln. Die Einfachheit sollte sitzen. Das Tröpflein Saft, das noch in den Tollerischen Menschen fließt, verfliegt aber. Es hebeutet wenig, daß Reich Portner, der Abenteuerer der schweren Seelenwandlung, Augenwichte einer glühenden Befragung hatte. Dieser Schauspieler wachte nur nicht, was der Silbersticker und der Redebildner, Herr Karlsberg Martin, von ihm verlangte. Er wurde bald gewungen, altes Theater zu spielen. Ihn wurde dann wieder empfohlen, die Effekte ins unblühliche Körnige hineinzuweisen, ins Expressionsistische würde der Dogmatiker sagen. Solche Gebundenheit schodete dem Schauspieler. Ueberhaupt, die Freiheit wird hier unterdrückt, es wird zu arg gezielte, die Minister des Volkstheaterbundes wird geradezu klavisch vorgeschrieben. Man mischt im Stil roden Wirklichkeit und ausgelassene Nachahmung tragischer Clownerien. Man versucht, wo man gestalten sollte. Man will um jeden Preis einer Jugendbünde, gewiß einer edlen und rührenden und des Jugendpreises würdigen, aber doch einer Jugendbünde, die Umbrämung verschaffen, als wenn es sich um ganz neue, unethische Kunst handelte.

Armer, junger, nach dem Heilandsamt sehnsüchtiger Toller, es genügt dir nicht, daß sie dich zu den schönen Geistern zählen. Du bist der Eitelkeit nicht ledig genug, um nicht auf den Kampf mit den mähigen Schöngelstern zu verzichten! Sie haben dich im Theater der „Tribüne“ für mich aufgerufen. In demer Jalle sollst du es erfahren: Liebe für dich, den Menschen! Kämpfjudeu jedoch und mahmende Bitte an den jämmerlich falsch rechnenden Künstler: Nicht so weiter! Max Hochdorf.

Ein Heine-Abend der Arbeiterschaft, veranstaltet als Ruherabend vom Bezirksbildungsausschuh Groß-Berlin und von den Eingelassenen zu befehlen, fand gestern in der Aula des königlichen Realgymnasiums statt. Genosse Dr. Dieberich sprach einführend über den Dichter als politischen Kämpfer, der von der Romantik vorrang zum Schauen und Erfassen des in neue Bahnen übergehenden Lebens seiner revolutionär gährenden und explodierenden Gegenwart. Heine der Sozialist wurde gezeichnet, der sich in glühender Begeisterung den Kreisen der französischen Saint-Simonisten verband und dann weiterschritt zur geistigen Gemeinschaft mit der neuen Generation von Sozialisten, den Marx, Engels, Lassalle, die nicht mehr utopisch auf die Hilfe von Wohlthätigen harrten, sondern dem Glauben Bahn brachen, daß die Befreiung der arbeitenden Klasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein müsse. Heine ist durch sein Werk als politisch schriftstellernder Denker und als sozialer, politischer, satirischer Dichter über den Tod hinaus der Kämpfer neuer Generationen geworden, und nun, im Durchbruch zur Demokratie des Sozialismus, fühlen wir abermals, wie nah er uns ist.

Das Programm der künstlerischen Vorträge betonte in Harmonie mit den Ausführungen des Redners den politischen Dichter. Romantische unpolitische April wurde gesungen zwischen die Gruppen dieser Dichtung eingestreut: Frau Gortz zur Reden, begeistert von Fräulein W. zur Neben, sang schönen Wohltaus mit liebevollem Besetzen Vertönungen von Schumann, Schubert und Hugo Wolf. Daß der Bildungsausschuh für das Wichtigste des Abends, die gesprochene Dichtung, Ludwig Hardt genannt, war von höchster Bedeutung. Es gibt heute keinen Künstler, der Heines gewaltigen Reichtum an bewegtem Leben besser zu erweisen verstände. Dieser Ruf ist sehr begründet. Für Hardt, der alles frei aus dem Gedächtnis wiedergibt, ist jedes Gedicht, an das er seine Kraft setzt, ein Organismus von innerlichste feingefügtem Bau; er hat begriffen, wie sehr jedes Wort, jede Wendung eines Gedichtes von Kunstwert ein notwendiges Organ des ganzen ist und in Zeit- und Raumverbindungen steht mit allen anderen diesen Organen. Das will erfaßt, ergründet sein, damit die Wiedergabe der Gedichte in jedem Fall eine Einheit gehalten, die als ein immer sich durch neuen Inhalt bereicherndes Wesen in Steigerung zur Fülle und Mäße aufwächst und immer Gleichgewicht und Zusammenhang auf allen Stufen des Auffragens bewahrt. So erfährt Hardt, das Eigene jedes lyrischen Werkes und die Seele all des von ihm Vorgetragenen gelangt zu einer erstaunlichen wunderbaren Vielgestaltigkeit. Die Hörer waren sofort gewonnen und jedes Gedicht floge. Der Schlüsselbegriff — nach den Lebensumständen Gedichten der Leidenschaft Heines und dem kühnerisch groß aufgerichteten Hymnus „Ich bin das Schwert, ich bin die Flamme“ — lasse für mich noch einmal all den einzeln gespendeten Dank zusammen.

Die Veranstaltung mag nun ihr gutes Geigen in der Wirkung erweisen, daß viele andere ähnliche Heine-Abende da und dort im Reichsbild Berlins von der Arbeiterschaft gewünscht und geboten werden. Dies zu erreichen war vor allem ihr Zweck. ge-

Groß-Berlin

Große Diebstähle auf dem Adlershofer Flugplatz.

Einer umfangreichen Schiebung mit Waren des Reichsverwertungsamtes ist die Köpenicker Polizei auf die Spur gekommen. Auf dem Flugplatz Adlershof liegen noch immer viele Millionen Werte, die aus dem Besitz der ehemaligen Flugzeugmeisterei Adlershof stammen. Unter anderem befinden sich dort riesige Mengen daher für die Übernahme eines solchen Amtes auch fernherhin vorwertungsamt einer Berliner Gesellschaft kommissionarweise zum Verkauf übergeben worden, und zwar erhält die Privatfirma einen Nutzen von 15 Proz. für den getätigten Verkauf. Dafür hat die Firma die Bewachung und Lagerung der Werte zu übernehmen.

Vor zwei Tagen entdeckten Kriminalbeamte in Köpenick bei einem dortigen Händler 27 Fässer mit bestem Motorenöl, das einen Wert von 60 000 M. darstellt. Neben der Herkunft der Ware befragt, verwidelte sich der Besitzer in Widersprüche. Er wurde deshalb verhaftet und die Ölfässer beschlagnahmt. Später stellte sich heraus, daß das Motorenöl vom Flugplatz Adlershof kam. Das dortige Oelager wurde nun unaufrichtig bewacht und die Kriminalbeamten stellten fest, daß gegen Abend, als die Angestellten den Platz verlassen hatten und die Wächter der Berliner Stadt- und Schlichtergesellschaft, Zweigstelle Johannisthal, ihren Dienst übernommen hatten, ein Wagen auf den Flugplatz fuhr und dort in der Nähe des Oelplatzes halten blieb, bis die Dunkelheit vollends hereingebrochen war. Dann machten sich die Wachbeamten ans Werk. Mit Hilfe von Nachschlüsselern öffneten sie die Schuppen und luden die Ölfässer auf den Wagen und fuhren davon. Als „Entlohnung“ erhielt jeder der beteiligten Wächter 500 M. von dem Käufer bzw. dem Käufer der Ölfässer. Nachdem erwidert festgestellt worden war, daß die Wachbeamten die Diebstähle im großen betrieblen, verhaftete man die Fahrer und die „Pflichtgetreuen Wächter“. Bei ihrer Vernehmung mußten die Festgenommenen zugeben, daß sie das Reich um einen ansehnlichen Betrag geschädigt haben. Ferner behaupteten die Wächter, daß sie von ihrem Kontrollleur zu den Diebstreien verleitet worden seien. Ihr Vorgesetzter habe den Verkauf besorgt und den Hauptgewinn eingestrichen, während sie für die Ladung lediglich 500 M. als „Schwiegegeld“ erhielten.

Sie schlafen. Ein Leser unseres Blattes schreibt uns: Der „Vorwärts“ irrt, wenn er etwa annehmen sollte, nur wilsheiminische Geheimräte schliefen seit dem 9. November. Geschlafen wird auch an Stellen, wo man bisher besondere Wachsamkeit wahrnahm. Kürzlich ging ich z. B. einmal am Kriedhof der Freiheitlichen Gemeinde vorüber. Dort mußte ich sehen, daß eine Verhüllung des ehemaligen Polizeipräsidenten Jago w, wonach die Inschriften der Gemeinde nach innen zu stehen seien, auch heute noch streng befolgt wird. Warum? Jago's Geist ist doch seit dem 9. November aus dem Polizeipräsidenten vertrieben. Oder soll das, was dieser Polizeigewaltige Berlin einst verfügte, als ein abstraktes Dokument aufbewahrt bleiben? Dann läßt sich aber nicht ein, weshalb allenthalben so sehr darauf gedrungen wird, so schnell als möglich die letzten Reste des wilsheiminischen Regimes zu beseitigen.

Für 20 000 M. Wert und Rotwein erbeuteten Einbrecher in der vergangenen Nacht im „Schwarzen Kater“ in der Kantstraße. Sie erdröhen einen verfallenen Keller und nahmen daraus 700 Flaschen Sekt und 40 Flaschen Rotwein.

Auf Kriegskriegsbedingte und Militärentlassene hatte es ein Schwindler abgesehen, der geizig ergriffen wurde. Der 19 Jahre alte Handlungsgehilfe Hans Wirt war eine zeitlang beim Bezirkskommando I beschäftigt und hatte sich dabei einen Namen und Wohnung von vielen Leuten ausgesprochen, die als Kriegskriegsbedingte Renten empfangen. Diese Leute suchte er nun auf, wenn nur die Frauen zu Hause waren, spiegelte ihnen vor, daß die Rente erhöht werden solle und nahm ihnen nach Auffüllung eines Protokolls einen „Vorschuß“ von 24 M. ab, von dem 20 M. mit der erhöhten Rente zurückgezahlt werden sollten. Gestern geriet er endlich an den Landrat. Ein Mann durchsuchte ihn und übergab ihn der Kriminalpolizei. Betrogene, die noch keine Anzeige gemacht haben, können sich im Zimmer 110 des Polizeipräsidenten melden.

Staatsbeamte als Gemeindevorstand. Die in früherer Zeit für Staatsbeamte vorgeschriebene Genehmigung der vorgesetzten Dienstbehörde zur Annahme der Wahl als Gemeindevorstand ist nach einem neueren Erlass der Minister des Innern und der Finanzen nicht mehr erforderlich. Die Tätigkeit als Gemeindevorstand nimmt in der Regel die Arbeitskraft des Gewählten nur in geringem Maße in Anspruch, so daß eine Schädigung der Pflichten als Staatsbeamter dadurch nicht zu befürchten ist. Es ist, wie die Minister betonen, im Gegenteil erwünscht, wenn Staatsbeamte durch ihren Eintritt in eine Gemeindevorstand ihre kommunale und häusliche auch der örtlichen Gemeinde zur Verfügung stellen. Staatsbeamte haben daher hinsichtlich ihrer Wahl zu Gemeindevorstand ihrer vorgesetzten Dienstbehörde lediglich anzuzeigen. Betreffs der Übernahme eines besoldeten oder unbesoldeten Amtes in einer Gemeindevorstand liegen die Verhältnisse wesentlich anders. Hier muß die Entscheidung von Fall zu Fall getroffen werden. Die Einholung der Genehmigung der vorgesetzten Dienstbehörde bleibt bestehen, falls für Flugzeuge. Diese Waren sind vom Reichsverwertungsamt beschlagnahmt.

Verhaftung von Pferdiebstahlern. Vor einigen Tagen wurde der 24jährige Walter Bantag von zwei Männern mit seinem Gespann in eine dunkle Gegend Berlins gelockt, überfallen und der Herde und des Wagens beraubt. Beamten des Kriminalpolizeis gelang es, den Diebstahl aufzuklären. Die gefohlenen Pferde wurden in dem Stall des Händlers Borch, eines oft verhafteten Diebes, wiedergefunden. Der Besitzer hatte das Gespann und den Wagen von den Diebtern gekauft. Auf Grund seiner Aussagen gelang es, gestern die Diebe auf dem Stettiner Bahnhof festzunehmen. Sie entpuppten sich als ehemalige Angehörige der „Eisernen Division“. Es sind der Expedient Heinrich Griefe und der Schmied Heinrich Wozje, die sich wohnungslos in Berlin herumtriebten.

Der holländische Möbelverkauf in Lützenburg geht unverändert weiter. Die Ausstellung der Möbel in der Kula Poststraße ist Mittwochs und Sonnabends von 3-6 geöffnet. Auskünfte jederzeit bei der Möbelbesichtigungsstelle Rathausstraße 7.

Die Kunstausstellung Berlin 1919 wird am Sonntag, den 5. Oktober, geschlossen.

Theater. Georg Kollers neues Drama „Hölle, Weg, Erde“ wurde für das Volkstheater zur Aufführung in dieser Spielzeit erworben.

Vorträge. Staatssekretär a. D. Dr. August Müller kündigt an der Volkshochschule eine sechsabendige Vorlesung an über „Die Verfassung der deutschen Republik“.

Wahl. Das Orchester des Deutschen Opernhauses gibt in der Winterpause 1919/20 zehn vollständige Sinfonienkonzerte im Abonnement unter Leitung hervorragender Solisten und Chorvereinigungen. Dirigent wird Kapellmeister Rudolf Strauß sein. Die Programme werden eine Auswahl von Werken der klassischen, romantischen und modernen Meister, von letzteren auch eine Anzahl Uraufführungen bringen. Wichtige akustische Verbesserungen der Räume wurden beschlossen, um das Werk, das rein ideale Ziele verfolgt, zu sichern.

Zehnjährsvorführung. Am 2. Oktober findet vormittags 11 Uhr in der „Kantaria“ anlässlich des ersten Delegationstages des neu gegründeten Bundes technischer Wissenschaften ein wissenschaftliches Institut eine Vorführung von wissenschaftlichen Filmen der Ufa statt.

Konjunktur. Kreis Westhof. Die Gemeindevorstandsmahlen fanden hier am 28. v. Mts. statt. Bei der Wahl des Wahlvorstandes stimmte der Unabhängige, welcher hier ausgeschlag-

Produktion und damit zur Vermeidung von Störungen des Wirtschaftens. Wie die Erfahrung zeigt, hat aber das in bemerkenswerter Schnelligkeit über das ganze Land gegogene Netz von landwirtschaftlichen Kollektivverträgen wesentlich zur Lösung des Landarbeitermangels und zur Beruhigung der Landarbeiter beigetragen. Die Verordnung vom 2. September will nun im Interesse der Ernährung lediglich unbedingte Widerstände gegen den Abschluß von Tarifverträgen beseitigen. Nur energiegeloste Auslegung könnte demgegenüber behaupten, daß es sich vorliegend nicht um eine Demobilisationsmaßnahme im Sinne des § 1 Abs. 1 der Verordnung vom 7. November 1918 handelte. Jedenfalls geht die Praxis hinsichtlich der Demobilisationsmaßnahmen auf anderen Gebieten zweifellos sehr viel weiter.

Bei der Bemängelung der vorgeesehenen Zwangsmaßnahme weiß man nicht oder berücksichtigt nicht hinreichend den Anlaß, der zu der Verordnung geführt hat. In den Kreisen Belgard und Neustettin waren einige Großgrundbesitzer nicht zum Abschluß von Tarifverträgen zu bewegen bzw. sie waren dazu nur bereit unter Stellung von Forderungen, die von der Arbeitnehmerseite nicht erfüllt werden konnten. Die Gefahr, daß sich auf diesem Verhalten einzelner Besitzer mitten in der Haupternte ein allgemeiner Landarbeiterstreik mit unübersehbaren Folgen entwickeln würde, war sehr groß. Zur Abwehr dieser Gefahr mußte gehandelt werden. Es hätte nahegelegen, sich eine geschickte Handhabe zum Einschreiten durch Erweiterung der Reichsverordnung vom 4. Februar 1919 über die Sicherung der Landwirtschaft zu schaffen. Dieser Weg erschien nicht gangbar, weil er bei der unbedingt gebotenen Eile nicht rasch genug zum Ziele führte. Abgesehen davon wollte man aber auch nicht durch Gleich eine Maßnahme dauernd festlegen, die nur einem vorübergehenden Zwecke diene und die wieder aufgehoben werden sollte, sobald ihre Zweck erfüllt war. So ist die Verordnung vom 2. September entstanden. Sie will sich nicht gegen die landwirtschaftlichen Arbeitgeber im allgemeinen wenden, wozu ja keine Veranlassung vorliegt, sie will und kann auch keinen unmittelbaren Zwang zu einer bestimmten Leistung gegen den einzelnen Arbeitgeber ausüben. Es soll bloß verhindert werden, daß infolge des Verhaltens eines Besitzers die Ernte und damit zum Nachteile der Allgemeinheit die Ernährung gefährdet wird. Das Recht und die Verpflichtung, dies nach besten Kräften zu verhindern, wird man aber dem für die Produktion in erster Linie verantwortlichen Minister unbedingt zugehen müssen.

Zu dem Artikel im „Vorwärts“: „Die Nase des Generalkommandos II“ wird von Seiten des Reichswehrministeriums folgendes mitgeteilt:

Als feinerzeit die Frage der Landarbeiterstreiks sehr brennend war, hat das Generalkommando II entsprechend der ihm erteilten Weisungen mit allen in Frage kommenden Stellen auch Rücksicht genommen. Die Kreisstelle Frankfurt des Pommerischen Landbundes hat folgendes Schreiben des Herrn Koebel, des Vorstandes des Landarbeiterverbandes für den Bezirk Straßburg, erhalten: Da mir die Zwecke des Herrn Koebel für die Kreisgruppe Grimmen nicht bekannt, wende ich mich an Sie mit der Bitte, daß in Loth heute morgen der Landarbeiterstreik beginnen soll, weil die Leute mit dem abgeschlossenen Tarif nicht zufrieden sind und weitere Forderungen stellen. Von unserem Hauptvorstand wird deshalb verlangt, sofortige Verhandlungen anzubahnen und ersuche ich ihn um Einleitung derselben mit den Loth Arbeitern“, und stellte dieses Schreiben abschließend ohne weitere Zusätze dem Generalkommando II zu. Aus dem Schreiben des Landarbeiterverbandes ging klar hervor, daß es sich um Tarifstriche handelte. Da der Reichswehrminister in der öffentlichen Lage über denartige Vorkommnisse stets unterrichtet sein muß und zur selben Zeit auch im Kreise Anklam, Pritz, Kolberg und Köslin Streiks waren, setzte das Generalkommando in richtiger Erkenntnis der kritischen Situation und in Ausführung der ihm gegebenen Anweisung sofort seine vorliegende Dienststelle von den Vorgängen in Kenntnis. Es handelte also nicht „als ausführendes Organ des Pommerischen Landbundes“, sondern als „ausführendes Organ der ihm vorgesetzten Dienststelle“.

Hierzu bemerken wir kurz: Daß der Bericht des Generalkommandos II tendenziös zugunsten der Grundbesitzer gefälscht war, erkennt man am besten aus der Probenziehung, daß die Ernte nicht eingezogen werden würde, während das Gegenteil eingetroffen ist. Im übrigen vergesse man einmal die Auffassung des G.-A. II mit der des preussischen Landwirtschaftsministers oder mit den vorstehenden Ausführungen eines unrichtigen Stiefel

Hungerstreik mit merkwürdigen Ursachen.

Eine Lokalcorrespondenz teilt mit: Die „Freiheit“ meldet in ihrer heutigen Morgennummer, daß der im Tegel der Strafgefängnis als Untersuchungsgefangener untergebrachte ehemalige Führer der Besatzung des W.D. Hans Bender sich im Hungerstreik befindet, und zwar als Protest gegen angeblich bevorstehende Ermordung politischer Gefangener. Wie uns von der Direktion des Strafgefängnisses hierzu mitgeteilt wird, verweigert in der Strafanstalt allerdings Bender — und nur er — seit dem letzten Donnerstag die Nahrungsaufnahme. Der Grund des Hungerstreiks ist darin zu suchen, daß die Gefängnisdirektion Bender auf die Dauer von vier Wochen die Erlaubnis zum Empfang von Besuchern von außen halb entzogen hat. Zu dieser Maßnahme hat sich die Verwaltung gezwungen gesehen, um Fluchtversuche zu verhindern. Es hat sich nämlich kürzlich herausgestellt, daß dem Inhaftierten in einem Prozeß, das von außerhalb zugesandt wurde, eine Stahlkugel überhand wurde, die B. natürlich dazu verwenden sollte, um aus dem Gefängnis auszubringen.

Industrie und Handel.

Börse. An der Börse gestaltete sich die Tendenz trotz der Verschlechterung unserer Balance im neutralen Auslande ziemlich fest. Die Bezoegung ging vom Montanmarkt aus, wo der Verkaufsschluß der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.G., besonders ihr Differenzier Wert, die Kaufkraft anregte. Deutsch-Luxemburg liegt über 7 Proz. Im Anschluß hieran waren auch Usmarbütte, Bochumer und Oberschlesische Eisenindustrie, Wagnemann Aktienwerke und im weiteren Verlauf Phönix fest, von Schiffahrtaktien war Argos begehrt. Auslandsdapiere waren im Zusammenhang mit der Bilanzverschlechterung schlecht, namentlich Canada, Orientbahnen und Türkenlohe. Auf den übrigen Gebieten bewegte sich das Geschäft in sehr engen Grenzen. Auch Kolonialpapier waren im allgemeinen in den letzten Tagen vernachlässigt. Heimische Anleihen waren gut begehrt. Von fremden Renten stellten sich Oesterreich-Ungarn etwas höher, auch russische Renten wurden höher bewertet.

gebend war, für die deutschnationale Mehrheit. Bei der Wahl des Gemeindevorstandes erhielt der bisherige Inhaber dieses Amtes (ein pensionierter Kriminalbeamter von der politischen Polizei des Berliner Polizeipräsidenten) sowohl wie unser Genosse Frenzel je 7 Stimmen. Dieses Resultat wurde jedoch zu unseren Ungunsten verbessert, indem der Wahlvorstand einen von den auf unserer Genossen lautenden Stimmzetteln für ungültig erklärte, weil auf denselben, außer der vollständig richtig geschriebenen Adresse des Gen. Frenzel die Bemerkung Gemeindevorstand vermerkt war. Da nun im Orte Genosse Frenzel der einzige Träger dieses Namens ist, war hierüber jeder Irrtum ausgeschlossen. Hier wurde aber zur Stärkung der Rechtsposition des Deutschnational-Unterschiedlichen dieser Gemeindevorstand verübt unter dem Jubel der kommunistischen Führer der hiesigen Unabhängigen, welche sich als Zuhörer eingefunden hatten. Zu Schöffen wurden gewählt die Genossen Wölsche und Leopold, von der gemäßigten Liste die Herren Koeje und Gruschke.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Wittenau. 3. bis 11. September. 250 Gramm Hüllensrübe (79), 250 Gramm gleich 5 Stück Suppenwürfel (80), 250 Gramm Rasmelade (81), 250 Gramm Auslandsmehl (K 26).

Tahlem. Fleischverteilung morgen Donnerstag für Sadtell bei Rullige. Von 8-9 451-500, von 9-10 251-300, von 10-11 301-350, von 11-12 351-400, von 12-1 401-450. Sonnabend für Sadtell bei Rullige. Von 8-9 201-250, 9-10 1-50, 10-11 51-100, 11-12 101-150, 12-1 151-200. Für Nordteil bei Freyer 4-5 1181 h. 1240, 5-6 1241-1300, 6-7 1301-1360. Statt Radeln 150 Gramm braune Bohnen, Leberwurst in Dosen, 5 M. die Dose ohne Karren. 70 Gramm Margarine (B 17).

Johannisthal. 3. bis 2. Oktober 150 Gramm Teigwaren (88), 250 Gramm Weisgerst beim Pfosten (85), 250 Gramm Suppen in Packeten (81), 1 Packung Mühlgrüßspeise (81). Auslandsmarmelade 2,50 M. je Pfund freihändig.

Friedrichsfelde. Das für Sonnabend in Kuchst genommene ausländische Kartoffelmehl gelangt nicht zur Ausgabe.

Groß-Berliner Parteinarichten.

19., 20., 21. und 22. Abt. Morgen Donnerstag, 7 Uhr, bei Heinrich, Große Frankfurter Str. 30. Vortrag des Genossen Schlegel.

Wahlverein Charlottenburg. Heute, 7½ Uhr, im Volkshaus, Charlottenburg, Hakenstr. 2. Außerordentliche Mitgliederversammlung. Gen. Redner: „Die Reichsverfassung“.

Wilmersdorf. Mitgliederversammlung morgen, Donnerstag, 7½ Uhr, Viktor-Lux-Schule, Schöneberg. Ede Ullandstr. Tagesordnung: 1. Tätigkeitsbericht der Stadtverordneten. 2. Verschiedenes.

Charlottenburg. Zentralkomitee für Einigung der Sozialdemokratie Morgen Donnerstag, 7½ Uhr, Mitgliederversammlung bei Kaiser, Friedrichstr. 57.

Niederichnoweide. Außerordentlich Donnerstag, den 2. 10. bei Rosen, Berliner Str. 42. Ref. Genossen Lobenhagen. Thema: „Die Leipe von Ungarn und Ungarn“.

Westhof-Storkow. Agitation der Unabhängigen. Und nicht gefahren: Am letzten Sonntag verlegte die U. S. V. im Kreise Westhof-Storkow in 24 öffentlichen Versammlungen unserer Partei den Todesstoß zu versetzen. Die mit viel Pathos angelegten Versammlungen waren durchweg außerordentlich besucht. Der größte Teil der Besucher dieser Versammlungen bestand aus Cliquen, die sie aus Verzeil und sonstigen Nachbarn in die Versammlungen einblieben hatten. Ein Zeichen dafür, daß es die Bevölkerung endlich satt ist, die Schimpfpaten der U. S. V. - Referenten weiter mit anzuhören.

Die nach Westhof entlassenen Cliquen verließen mangels besserer Beschäftigung im Gesellschaftshaus ihre Zeit mit Billardspielen zuzubringen. Mit dem Verschwinden der Spieler sind die Billardbälle abhand genommen. Da die Billar sehr wenig Verständnis für derartige Sozialdemokratische Experimente hat, so bittet sie die gebirten Spieler um Abgabe des Verwahrsamortes.

Die Mitglieder der U. S. V. Cliquen scheinen recht fleißig zu sein.

Bildungsveranstaltungen.

Charlottenburg. In der kaufmännischen Fortbildungsschule bei genügender Beteiligung Sprachkurse in Russisch und Spanisch. Preis halbjährlich 5.- M. Anmeldungen Wallstraße 75 von 10-12 und 6-8 Uhr.

Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus, letzter Abend, morgen abend in der Gemeindefschule Urschburger Straße 7. Referent: Gustav Keller.

Arbeiter-Hochschule. Für das nächste Semester sind sechs wissenschaftliche Vorlesungen, ein volkswirtschaftliches Seminar, sowie eine Reihe von Sonderveranstaltungen wissenschaftlicher und literarischer Art geplant. Die Vorlesungen beginnen Ende Oktober, Jahresbeitrag 3 M. Anmeldungen nimmt die Geschäftsstelle, Berlin O 2, Neue Friedrichstr. 53-55 II, 10-12, 1-3, entgegen.

Aus aller Welt.

Dänische Wohnungsnot — deutsche Baracken.

Einer Kopenhagener Meldung zufolge ist ein deutsches Schiff aus Selt in Søbjerg mit Material für Militärbaracken eingelaufen, die zur Linderung der Wohnungsnot in den dänischen Gemeinden aufgestellt werden sollen. Weitere Transporte werden erwartet. — Die Meldung läßt sich mit den bestehenden Wohnungsverhältnissen in Groß-Berlin so wenig in Einklang bringen, daß eine Ausklärung seitens der zuständigen Behörden notwendig erscheint.

Ein Heimkehrerzug verunglückt. Heute morgen ist bei Raumburg a. S. der Heimkehrerzug 0068, der von Landersbüschelheim nach der Auflosungstation Lorbetha bei Leipzig gehen sollte, auf einen Einzug aufgefahren, wobei 8 Personen schwer verletzt wurden.

Gewerkschaftsbewegung

Revolutionäre Gewerkschaftsarbeit.

In den ersten Monaten dieses Jahres wurden überall, wo die Unabhängigen die Macht dazu hatten, die alten bewährten Gewerkschaftsangehörigen, soweit sie der sozialdemokratischen Partei angehörten, entlassen und durch U. S. V.-Leute ersetzt. Ein anderer, natürlich „revolutionärer Geist“ sollte in den Gewerkschaften seinen Einzug halten und deshalb wählte man auch überall diejenigen, die diesen „revolutionären Geist“ in den Versammlungen am besten erstrahlen lassen.

Mittlerweile sind einige Monate ins Land gegangen und immer mehr zeigt sich, daß die neuen Männer mit Wasser loden. Wenn es sich darum handelt, gewerkschaftliche Kämpfe zu führen und Tarife abzuschließen, dann entscheidet nicht der „revolutionäre Geist“, der meistens nur revolutionäre Phrasen ist, sondern wirtschaftliche Möglichkeiten und Notwendigkeiten. Nebenher kommt es dann noch in hohem Maße auf das Geschick und die Erfahrung der gewerkschaftlichen Unterhändler an. Die letzteren Eigenschaften sind aber bei den neuen Männern nur sehr spärlich vorhanden. Das ist ganz erklärlich, wenn bei der Wahl in erster Linie die Mitgliedschaft zur U. S. V. und radikale Gebärden maßgebend sind. Deshalb mehren sich auch die Anzeichen, daß die Mitglieder ein Haar in der Suppe finden, wenn ihre Interessen durch die Ineffizienz der neuen Männer vernachlässigt werden.

Zu den Orten, wo die alten Angehörigen des Metallarbeiterverbandes wegen Zugehörigkeit zur alten sozialdemokratischen Partei entlassen wurden, gehört auch Düsseldorf, wo der Radikalismus

